

Rheinfelder Montagsdemo



Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,

wir begrüßen Euch zur 182. Montagsdemonstration.

Nach der neuesten Umfrage des Instituts Forsa würden nur noch 20% der Bundesbürger SPD wählen und 15% die Partei "Die Linke". Bei den Wahlabsichten der Männer liegen SPD und Die Linke mit 17% auf gleicher Höhe.

Die SPD und die CDU übertreffen sich inzwischen mit Versprechungen, um ihr Ansehen bei ihren Wählern wieder aufzupolieren.

Auch Frau Kaspars Merk SPD lud zur Diskussion nach Lörrach ein. Am 2.6. 08 veröffentlichte die BZ einen Artikel mit der Überschrift **Arbeitnehmerrechte wurden immer geschleift.**

Es wurde festgestellt das bis zu einem Drittel der Arbeitnehmer im Kreis in prekären Beschäftigungen oder im Niedriglohnsektor tätig sind **und Deutschland den größten Anteil von Niedrigeinkommen in ganz Europa hat.**

Die einzelnen SPD Politiker tun als ob sie mit dieser Situation nichts zu tun haben, aber sie war es doch, welche die Harz IV Gesetze verbrochen haben. Für mich ist das reinste Heuchelei.

So wie jetzt beim vergangenen Welternährungsgipfel, wo in Rom die Verursacher der Hungerkatastrophe sich jeglicher Verantwortung an dieser Entwicklung ignorieren, Krokodilstränen vergießen und tatenlos zusehen wie die Zahl der Menschen die hungern sprunghaft weiter ansteigt.

Der Grund für diese Entwicklung: Die Preise für Grundnahrungsmittel sind in den letzten Jahren um 80 % gestiegen und allein im ersten Vierteljahr dieses Jahres um 53 %.

Das eigentliche Übel ist für die Imperialisten der Widerstand, der sich in zahlreichen Ländern gegen diese Situation entwickelt hat.

Der Landraub muss gestoppt werden, mit dem beispielsweise in Brasilien zugunsten internationaler Agrarmonopole immer mehr Kleinbauern von ihren Äckern vertriebt. Die verschwenderische Flächennutzung für Biosprit, die Folgen der begonnenen Klimakatastrophe, die wachsende Börsenspekulation mit Nahrungsmitteln haben das ihre getan, die Lebensmittelpreise für immer mehr Menschen unbezahlbar zu machen

17.000 Metallarbeiter in Streikaktionen für Altersteilzeit

Nach Angaben der IG Metall haben sich in der vergangenen Woche insgesamt 17.000 Metallarbeiter an Streiks und Kundgebungen für eine neue Altersteilzeitregelung beteiligt. Es ist eine Forderung die von jungen und älteren Kollegen gemeinsam getragen wird. 17.000 Streikende darunter waren die Kollegen von Daimler in Esslingen-Mettingen, Audi in Neckarsulm und Bosch Stuttgart.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



In den Reden wurden die Forderungen zum Tarifvertrag Altersteilzeit erklärt. Die heutige Regelung läuft nächstes Jahr aus das wird natürlich sofort genutzt Staatlicher Seite diese Zuschüsse zu streichen Viel Beifall gab es, wenn die Redner die Rente mit 67 angriffen. Plakate mit der Forderung „Weg mit der Rente mit 67!“

Für volle Rente ab 60 für Männer und ab 55 für Frauen.

Für 6% Umsatzsteuer der Unternehmen zur 100prozentigen Bezahlung der Versicherungsbeiträge!“ bekamen anerkennende Bemerkungen.

In den Forderungen der IG Metall taucht genau die Forderung „ Weg mit der Rente mit 67 gar nicht auf.“ .

Die Altersteilzeit bietet die Möglichkeit ältere Kollegen in Rente zu schicken und junge Arbeiter einzustellen. Im Mai fehlten 138.453 Ausbildungsstellen laut DDB

05.06.08 –ging das slowenischen Atomkraftwerk Krsko **knapp an einem Atomunfall Supergau vorbei?** dass Kühlwasser aus dem Hauptkühlsystem ist entwichen. Erst 2 ½ Stunden danach wurde der Vorfall publik gemacht.

Umweltminister Sigmar Gabriel beeilte sich, vom entfernten Berlin aus vor "unnötiger Dramatik" zu warnen. "Es gibt keine Gefahr, zumindest nicht für die deutsche Bevölkerung", versicherte er etwas später am Abend.

Zu solchen Beschwichtigungsversuchen meint der Atomkraftexperte Gerd Rosenkranz von der Deutschen Umwelthilfe: "Wenn uns die Erfahrung mit solchen Störfällen eines lehrt, dann, dass man - unabhängig vom Land - am Anfang nicht die Wahrheit erzählt."

Das Warnsystem ist immerhin als Reaktion auf das Reaktorunglück von Tschernobyl eingerichtet worden. Die Öffentlichkeit muss sofort vollständig darüber informiert werden, was tatsächlich im AKW Krsko passiert!

In Deutschland hat es allein zwischen 2000 und 2006 insgesamt 944 Störfälle in gegeben. Am 28. Juni 2007 mussten erst die Kernkraftwerke in Krümmel und Brunsbüttel notfallmäßig abgeschaltet werden.

Die immer neuen kritischen Unfälle in Atomkraftwerken zeigen, dass sich jederzeit ein weiterer Super-GAU wie bei Tschernobyl ereignen kann, so lange die gegenwärtig nicht beherrschbare AKW-Technik weiter betrieben wird.

Dazu kommt eine zweite Seite der Gefährdung, weil die hochbrisante Frage der Lagerung von radioaktivem Material völlig ungelöst ist.

Es gibt nur eine Schlussfolgerung: Alle AKWs müssen sofort auf Kosten der Betreiber stillgelegt werden!

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz